

# BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

30. Landesversammlung

27. September 2008 in Leipzig

Grüne

## Beschluss

---

### Entschieden gegen Nazis – auch vor Ort!

Die sächsischen Kreistagswahlen im Juni 2008 haben zur Stabilisierung der NPD in Sachsen geführt. Über 160.000 Stimmen konnten die Nazis erringen. Damit hatte die NPD zwar keinen so großen Erfolg wie bei der Landtagswahl von 2004, doch die demokratischen Parteien müssen zur Kenntnis nehmen, dass die NPD in Sachsen viel zu fest verankert ist. Alle sächsischen Kreistage werden auf Jahre mit der Präsenz der NPD konfrontiert sein.

Sächsische GRÜNE haben sich schon in der Vergangenheit gegen eine verharmlosende Sicht auf das rechtsextremistische Potenzial in Sachsen ausgesprochen. Wir stellen heute fest, dass die NPD nicht ohne weiteres von der Bildfläche verschwindet. Gleichzeitig warnen wir aber auch vor Resignation: Die Auseinandersetzung mit der NPD kann und muss geführt werden. Widerspruch gegen Nazis ist notwendig!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen kritisieren, dass einige Landräte und viele Kreisrätinnen und Kreisräte sich in den letzten Wochen angesichts der Präsenz der NPD als überfordert gezeigt haben. Dass es zu vereinzelt Zustimmung zu Wahlvorschlägen und Anträgen der NPD gekommen ist, ist ein schwerer Fehler der verantwortlichen demokratischen KommunalpolitikerInnen.

Leider haben in zwei Fällen auch GRÜNE MandatsträgerInnen einen Fehler begangen indem sie Anträgen zugestimmt haben, die von der NPD zu den inneren Abläufen im Kreistag gestellt wurden. Das bedauern wir, auch wenn sich die jeweiligen Abstimmungen lediglich auf Geschäftsordnungs- und Verfahrensfragen bezogen. Dieses Stimmverhalten ist nicht akzeptabel. Wir nehmen diese Fälle zum Anlass, die Auseinandersetzung mit der NPD auf der kommunalen Ebene in unserer Partei zu thematisieren und kritisch zu diskutieren.

Die Tatsache, dass das NPD-geführte „Nationale Bündnis“ im Dresdner Stadtrat mit den Stimmen der CDU, der FDP und der „Linksfraktion.PDS“ einen Antrag durchsetzen konnte, zeigt aber, dass die Verunsicherung nicht nur in neu konstituierten Kreistagen gegeben ist. Solche Vorkommnisse sind Rückschläge für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Angesichts des Umstandes, dass die NPD schon seit 2004 in einigen Kommunalparlamenten, vor allem aber im Sächsischen Landtag vertreten ist, ist es bedauerlich, dass KommunalpolitikerInnen sich im Umgang mit ihr immer noch als überfordert zeigen. Wir halten das gemeinsame Agieren der demokratischen Fraktionen im Sächsischen Landtag gegenüber der NPD weiterhin für ein gutes Vorbild und fordern die CDU auf, dieses beizubehalten. Das bedeutet, dass ein

Antrag von NPD-Abgeordneten keine Zustimmung von demokratischen Abgeordneten erhält und dass die demokratischen Fraktionen den NPD-Initiativen zwar widersprechen, aber diese nicht unnötig aufwerten, indem jede demokratische Fraktion sich dazu äußert. Diese bewährte Praxis aus dem Landtag sollte auch von allen demokratischen Mitgliedern der Kreis- und Stadträte angewendet werden.

Wir schlagen vor, dass die demokratischen Parteien dieses Vorbild intern erörtern. Wir wollen dies in unserem Landesverband und in unseren Kreisverbänden in den kommenden Wochen tun. Für das kommende Wahljahr schlagen wir vor, dass die politischen Parteien mit uns Absprachen über den Verzicht auf Foren treffen, bei denen Nazis auftreten.

Die NPD ist zwar demokratisch gewählt worden, aber das macht sie noch lange nicht zu einer demokratischen Partei. Ihre Ideologie ist rassistisch. Sie lehnt die Grundlagen der Demokratie und die universelle Geltung der Menschenrechte ab. Demokratinnen und Demokraten können mit einer solchen Partei keine Gemeinsamkeiten haben! Als Partei, die sich vor allem der Demokratie und den Menschenrechten verpflichtet fühlen, sehen wir uns besonders verpflichtet, die offensive Auseinandersetzung mit der NPD zu führen.

Aufgrund des antidemokratischen und menschenfeindlichen Charakters der NPD muss immer wieder deutlich gemacht werden, dass diese Partei keine „normale“ Partei ist. Sie steht den Grundlagen demokratischer Politik feindlich gegenüber. Deshalb dürfen demokratische KommunalpolitikerInnen keinen NPD-Anträgen zustimmen, auch wenn diese vordergründig „sachorientiert“ sind. Wir fordern alle MandatsträgerInnen, die für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die Kommunalparlamente eingezogen sind, auf, sich an diesen Grundsatz zu halten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen lehnen es entschieden ab, aus Angst vor den Antidemokraten demokratische Rechte einzuschränken. Diese Strategie ist zum Scheitern verurteilt. Wenn Kreistagsmehrheiten unter dem Hinweis auf die NPD die Rechte kleinerer politischer Gruppen und einzelner Abgeordneter in den Kreistagen einschränken, spielen sie den Nazis in die Hände: Zum einen kann sich die NPD so mit Anträgen zu Verfahrensfragen und Minderheitenrechten als vermeintliche Hüterin der Demokratie aufspielen. Zum anderen ist jede Schwächung der politischen Kultur eine Schwächung der Demokratie und somit mittelbar eine Stärkung der Nazis und ihrer Partei, der NPD.

Demokratie kann nur durch demokratisches Handeln gestärkt werden. Deshalb fordern wir die CDU auf, nicht länger die Mehrheitsverhältnisse und die Präsenz der NPD auszunutzen, um unter Missachtung guter demokratischer Gepflogenheiten „durchzuregieren“. Sachsen braucht vor Ort gelebte Demokratie. Diesem Ziel muss auch die Mehrheitspartei verpflichtet sein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen fordern ein gemeinsames Auftreten der Demokratinnen und Demokraten gegen die NPD in den Kommunalparlamenten und im Wahljahr 2009. Unser Landesverband unterstützt die GRÜNEN MandatsträgerInnen und die vielen Initiativen vor Ort bei ihrem Engagement gegen die NPD und für mehr Demokratie in den sächsischen Kommunen.